

Persönliche Erklärung von Stadtrat René Hempel in der Stadtratssitzung am 12. Oktober 2023 zur aktuellen Debatte zum Thema: *Schulwegsicherheit in Magdeburg*

Stadtrat und Fraktionsvorsitzender René Hempel:

„Sehr geehrte Oberbürgermeisterin, liebe Beigeordnete, Liebe Stadträt:innen ,

ich bin seit mehreren Jahren Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr für meine Fraktion. Und es ist zu beobachten, dass sich Eltern an Politik oder Verwaltung wenden, die sich sichere Schulwege für Kinder wünschen. Wir als gewählte Stadträtinnen und -räte werden über Monate, manchmal Jahre, ignoriert und es wird u.a. im Bauausschuss, in der Bürgersprechstunde, minutenlang erklärt, warum das Einrichten von Tempo 30-Zonen nicht möglich sei. Verwundert schauen wir auf andere Kommunen, die das jedoch mit den gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen hinbekommen. Den Beton- & Asphaltköpfen in den zuständigen Behörden ist dies egal, selbst, wenn wir auf machbare Beispiele hinweisen.

Die propagierte Freiheit des Autofahrers, also die Möglichkeit schnell zu fahren, wird über die Sicherheit der anderen Verkehrsteilnehmenden gestellt. Menschen zu Fuß und Radfahrende in dieser Stadt verbringen eine (oft nicht nur gefühlte) Ewigkeit an Ampeln, während PKWs klar bevorteilt werden.

Ein- & Ausstiege aus Straßenbahnen an Haltestellen, die auf die Straße erfolgen, sind hochgefährlich, da Autos allzu oft einfach durchrasen. Mit den sehr vollen Bahnen ist die erschwerte Übersichtlichkeit eine weitere Herausforderung. Die warnend klingelnde Bahn hören alle Verkehrsteilnehmenden in unserer Stadt regelmäßig. Dazu der Blick und die Hoffnung, dass nichts passiert ist.

Ich habe hier mal einen Satz aus einer Stellungnahme der unteren Verkehrsbehörde gewählt der Beleg dafür ist, dass bei Teilen der Verwaltung Sicherheit nicht an erster Stelle steht: „Eine farbliche Markierung der Radwege ist aus gestalterischen Aspekten, insbesondere in City-Lagen und im Umfeld repräsentativer Baulichkeiten nicht gewünscht. Es entsteht dadurch eine visuelle Beeinträchtigung der Stadtgestaltung.“ Trotz des Beschlusses, dass alle Radwege rot sein sollen, bekommen wir derartige Antworten. Aber rote Radwege dienen unsren Kindern, uns allen zur Orientierung und damit der Sicherheit.

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat sagt: „Zu lange hat man einseitig darauf vertraut, dass Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Polizei und zivilgesellschaftliche Organisationen die Kinder für die Gefahren des Verkehrs schulen und ihnen beibringen, sich möglichst vorsichtig zu

verhalten. Kinder haben wie alle Menschen ein Recht auf eine sichere und möglichst eigenständige Mobilität! Deshalb müssen bei der Gestaltung des Verkehrsraumes ihre speziellen Belange und Kompetenzen berücksichtigt werden.“

Aufgrund mangelnder Erfahrung, eines unausgeprägten Risikobewusstseins und des daraus resultierenden Fehlverhaltens sowie der autozentrierten Verkehrsplanung gehören Kinder zu den besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmenden. Wissenschaftlich unbestritten ist, dass Kindern bis etwa zum 14. Lebensjahr eher noch nicht in der Lage sind, komplexe Verkehrssituationen im Straßenverkehr mit vielen Verkehrsteilnehmenden allein zu bewältigen.

Wir empfehlen daher

- Geh und Radwege müssen voneinander getrennt sein,
- In der Nähe von Kindergärten, Spielplätzen, Schulen sind Geschwindigkeitsbegrenzungen unerlässlich,
- Die Durchsetzung muss durch stationärer Geschwindigkeitsüberwachung erfolgen. Eine Verkehrsüberwachung durch die Polizei und die zuständigen kommunalen Ordnungsbehörden darf sich nicht auf den Schuljahresbeginn beschränken, sondern ist eine Daueraufgabe. Es wird empfohlen, Dialogdisplays (Erklärung mit Smileys) mit dynamischer Rückmeldung zur gefahrenen Geschwindigkeit als Ergänzung zu den zuvor beschriebenen Maßnahmen einzusetzen.
- Die Einrichtung von Elternhaltestellen in einer Mindestentfernung von 250 Metern zur Schule vor Schulen und Kitas im Bedarfsfall zu fördern. Das wird gerade an der Nachtweide versucht. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass dadurch keine neuen Verkehrsprobleme entstehen.
- Um Kindern ein selbstständiges Queren von Fahrbahnen zu ermöglichen, sind gut sichtbare und für Kinder einfach verständliche Querungsstellen einzurichten. Das können sein: Lichtsignalanlagen, Fußgängerüberwege (Zebrastreifen), Mittelinseln oder vorgezogene Aufstellflächen vorzusehen und auch in der Dämmerung gut erkennbar zu gestalten.
- Bei diesen Querungsstellen muss die Übersichtlichkeit sichergestellt sein. Deshalb müssen Sichthindernisse entfernt und das Halten und Parken von Fahrzeugen möglichst unterbunden werden. Dazu können die Seitenräume baulich vorgezogen

und Elemente wie Poller, eingesetzt werden. Halt- und Parkverstöße müssen gerade in den Morgenstunden zu Unterrichtsbeginn konsequent und dauerhaft überwacht werden. Die frei zu haltenden Sichtfelder sollten in Abhängigkeit von der zulässigen Höchstgeschwindigkeit gemäß RASSt festgelegt werden.

- Das Schulwegsicherungskonzept muss wesentlich stärker in den Fokus gerückt werden. Die Sicherheit der in Schulwegplänen ausgewiesenen Infrastruktur sowie die Umgebung von Kitas sollte durch eine prioritäre Anwendung der bewährten Instrumente verbessert werden:
 - Befolgung der Gestaltungshinweise der aktuellen Entwurfsregelwerke;
 - regelmäßige Durchführung von Verkehrsschauen, insbesondere Nachtverkehrsschauen;
 - vorrangige Umsetzung baulicher und verkehrsregelnder Empfehlungen von Unfallkommissionen sowie Durchführung von Bestandsaudits.
 - Auch Ortsbegehungen im Rahmen eines Fußverkehrs-Checks sollten vermehrt zur Begutachtung einer kinderfreundlichen Infrastruktur eingesetzt werden.
 - Auch Eltern, Lehrkräfte, Schulbehörden, Polizei und zivil- gesellschaftliche Interessenvertretungen sollten an der Wegeplanung beteiligt sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

René
Fraktionsvorsitzender“

Hempel

- Es gilt das gesprochene Wort -